

Plenarprotokoll

140. Sitzung

Mittwoch, 22. Februar 2017

Aktuelle Stunde Einigung zwischen den Bundesländern und dem Bund zum Umgang mit Abschiebungen und daraus folgenden Konsequenzen für Schleswig-Holstein 11722

Antrag der Fraktion der CDU

Angelika Beer [PIRATEN] 11738

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Aus Sicht meiner Fraktion ist das hier keineswegs die Sternstunde des Parlamentes. Der populistische Antrag der CDU ist nicht nur überflüssig wie ein Kropf, sondern er beschädigt unsere Demokratie, weil er auf dem Rücken von Flüchtlingen, von Ausländern populistische Wahlkampfparolen verbreitet. Wir lehnen dies ab.

Vielleicht zur Versachlichung ein Rückblick, die Chronologie fängt nämlich früher an. Es gab auf Antrag meiner Fraktion im Januar 2017 diese Debatte zur Lage und Situation in Afghanistan. Es gab unseren Antrag auf Abschiebestopp. Der ist von allen anderen Abgeordneten abgelehnt worden. Zwei Wochen später gab es das Bund-Länder-Treffen, das ist hier zitiert worden: Das ist der 15-Punkte-Plan. Darauf komme ich gleich zurück. Wenige Tage später kam dann die Entscheidung, eben doch einen **Abschiebestopp in Schleswig-Holstein** zu erlassen.

Ich rede schon gar nicht mehr zur CDU - Sie kommen mir manchmal vor wie der Rattenfänger von Hameln in dieser Debatte -, sondern ich will mich mit der Koalition auseinandersetzen. Sie sitzen doch absolut in der politischen Sackgasse. In Schleswig-Holstein blinken Sie links, in Berlin überholen Sie rechts.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie blinken bald gar nicht mehr!)

- Herr Kollege Stegner, das ist gefährlich! Sie versuchen, mit dieser Debatte hier in Schleswig-Holstein davon abzulenken, dass Sie die Axt an das Grundgesetz anlegen und für die weitere Aushöhlung der Asylgesetzgebung sorgen.

Nichts anderes ist der 15-Punkte-Plan. Zu dieser Chronologie gehört auch, dass heute die dritte Sammelabschiebung nach Afghanistan stattfindet. Zu dieser **Chronologie** gehört auch, dass wir heute die ersten Informationen über den Gesetzentwurf haben, dem Sie grundsätzlich zugestimmt haben und der massive Eingriffe in das Grundrecht der Flüchtlinge vorsieht.

Ich will nur einen Punkt nennen, den wir unter anderen für wirklich entscheidend halten, weil er ein Tabubruch in der bisherigen Politik nicht nur in Schleswig-Holstein ist, sondern auch mit unserem Konsens bricht. Wir haben bisher immer - in allen Debatten, in allen Anträgen - die Frage **des Kampfes gegen Terrorismus** von der Frage der **Flüchtlingspolitik** getrennt. In Berlin haben Sie genau die Vermischung von beidem betrieben. Das wird deutlich an der Zustimmung zum zukünftigen Ausspähen von Handys von Flüchtlingen. Wissen Sie, was das ist? - Das ist Anti-Terror-Kampf gegen Flüchtlinge. Das ist eine generelle Schuldzuweisung, die zumindest der Öffentlichkeit den Interpretationsspielraum gibt, Flüchtlinge generell unter Terrorismusverdacht zu stellen. Genau das können wir nicht mittragen, und das werden wir vehement bekämpfen.

Ich will Ihnen auch sagen, warum. Welche Folgen hat denn das? Ich nenne jetzt nicht das Wort Kollateralschaden, weil es einseitig belastet ist. Was macht ein Flüchtling denn, der aus Angst, ausgespäht zu werden, sein Handy wechselt oder weggibt? Wissen Sie, was das heißt? - Er kann überhaupt keinen Kontakt mehr zu seiner Heimat aufnehmen. Was Sie dann damit auch noch erreichen, ist nicht nur die Isolation und die Trennung von Familien, Sie verhindern damit zeitgleich auch noch den Flüchtlingsnachzug, weil die Kontakte zwischen denen, die noch in den Krisenregionen leben, und den hier lebenden Flüchtlingen nicht mehr hergestellt werden. Das nennen Sie Politik in Würde?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir heute die erste **Stellungnahme von Amnesty International** zur Kenntnis nehmen - ich kann nur appellieren, das zu tun, dann sollten Sie nicht nur den 15-Punkte-Plan überprüfen, sondern dafür sorgen, dass er in die Tonne kommt, oder revidieren Sie ihn.

Die Revision, die Amnesty International vorschlägt, beinhaltet unter anderem die Revision der Ausweitung der Abschiebehaft, die generell geplant ist. Man erwartet die Revision der Ausweitung des Ausreisegewahrsams, sie kritisiert die räumliche Beschränkung für Geduldete, die ebenfalls geplant ist, und die Ausweitung der Verpflichtung zur Wohnsitznahme in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Das, was Sie machen, ist doppelzünftig, was nicht nur Flüchtlingshelfer - übrigens egal welcher Partei - verunsichert, sondern dieses Hü auf der einen Seite und dieses Hott auf der anderen Seite ist Politik, die nichts anderes versucht, als den Trump-Effekt zu

nutzen, auf der Welle der AfD mitzuschwimmen und vom rechten Rand Stimmen zu akquirieren. Das werden Sie aber nicht schaffen.

Herr Kretschmann ist genannt worden. Es ist doch auch die unklare Politik der Grünen auf Bundesebene und in den Bundesländern, die zu dieser Schieflage und der Aushöhlung unseres Grundgesetzes führt. Herr Kretschmann sagt, Abschiebung sei Sache des Bundes, und bezieht sich auf die Bewertung des Auswärtigen Amtes. Das ist das Gleiche, das Martin Schulz sagt, also genau das Gegenteil von dem, was die Landesregierung hier macht. Dann sagt er: Okay, wir schieben ab, wunderbar. – Wir Grünen werden das alles im Bundesrat verhindern, hört man dann aus Schleswig-Holstein. Aber wenn Herr Kretschmann es im Bundesrat nicht verhindert, werden Sie gar nichts verhindern. Dann fabuliert er irgendwas von einer Stichtagsregelung, die er jetzt vorgeschlagen hat.

Der erste Tabubruch übrigens in der ganzen Frage der Flüchtlingspolitik und der sogenannten sicheren Herkunftsländer kam nicht von Herrn Kretschmann, sondern von Robert Habeck, der dort für eine Kompromisslösung plädiert hat. Insofern gibt es auch dort keine klare Linie. Eka von Kalben, wenn Sie sagen, die Kritik der Bundesregierung an dem Beschluss in Schleswig-Holstein sei total gaga, dann sage ich Ihnen: Die **inkonsequente Flüchtlingspolitik** der Grünen auf allen Ebenen ist total gaga.

- Herr Kollege Kubicki, Sie haben einen interessanten Punkt in die Debatte eingeführt. Ich erwarte, dass wir gleich eine Antwort des Ministerpräsidenten bekommen: Wenn die Würde des Menschen unantastbar ist und wir das Grundgesetz achten, dann gilt es für alle, aber dann kann man nicht selektieren. Auch das sorgt für Unglaubwürdigkeit dieser Landesregierung.

Ich erwarte, dass wir hier gleich Klartext hören.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde mir wünschen, dass es zumindest in diesem Wahlkampf die letzte polemische Debatte ist.

Nehmen Sie die Stimmen ernst, wenn Sie sich schon positiv auf Kirchen beziehen. Es gibt die Warnungen vor steigender Suizidgefahr bei Afghanen, die eben überhaupt nicht mehr wissen, woran sie jetzt sind. Sie wissen auch, dass zum Beispiel Traumatisierte, wenn sie nur einen Aufschub für drei Monate bekommen, in schwierigsten Situationen kommen, ebenso wie die Helfer, die sich um die Traumatisierten kümmern.

Gehen Sie einmal weg von dieser blöden **Einschätzung der sicheren Gebiete**. Da muss ich die FDP doch noch einmal kritisieren: Wie kommen Sie überhaupt darauf zu sagen, es gebe sichere Gebiete in Afghanistan, weil da unsere Bundeswehr stationiert sei?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das habe ich gar nicht gesagt! - Christopher Vogt [FDP]: Das hat Herr Kubicki gar nicht gesagt!)

Unsere Bundeswehr ist dort stationiert, weil Afghanistan nicht sicher ist.

- Aber Ihr Kollege hat es gesagt!

(Zuruf FDP: Welcher Kollege?)

- Der gerade erkrankt ist, der Kollege Klug!

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Der ist heute gar nicht da!)

Das ist doch eine vollkommen widersprüchliche Argumentation. Seien Sie froh, dass unsere Bundeswehrsoldaten so gut geschützt sind.

Auch zu der Argumentation von Herrn de Maizière, der sagt, die Anschläge richteten sich nicht gegen die Zivilbevölkerung, kann man doch nur noch einmal die letzten Anschläge aufzählen: gegen Moscheen, gegen eine friedliche Demonstration in Kabul, gegen diverse andere. Das ist eine zynische Argumentation.

Ich komme zum Schluss. Unser Hauptproblem ist, dass wir uns nicht auf die Landesregierung verlassen können, eben weil sie sich in der Sackgasse befindet und in Berlin genau das Gegenteil von dem macht, was sie hier verkündet.

Ich kann nur sagen: Ende der Großen Koalition! -
Vielleicht wird es dann besser.

Scharfe Wort-Geschütze in Debatte um Afghanistan-Abschiebestopp

Der von der Landesregierung vergangene Woche verhängte dreimonatige Abschiebestopp nach Afghanistan hat in einer von der CDU-Fraktion anberaumten Aktuellen Stunde für heftigen Streit im Kieler Landtag gesorgt. „In Berlin haben Sie

kein Wort gesagt und in Schleswig-Holstein halten Sie sich nicht an Absprachen“, warf Oppositionsführer Daniel Günther Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) vor. „So machen Sie sich unglaubwürdig“, schob der Fraktionsvorsitzende der Union hinterher.

Auch **Angelika Beer (Piraten)** holte zum Rundumschlag aus. Die CDU „beschleie die Demokratie“ mit „populistischen Wahlkampfparolen“, die SPD „blinkt in Schleswig-Holstein links und überholt im Bund rechts“, und die Flüchtlingspolitik der Grünen sei total „gaga“, ereiferte sich Beer.

<http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/50/debatten/01.html>